



mission 21

evangelisches missionswerk basel

Wir leben christliche
Partnerschaft weltweit.

Missionsstrasse 21 · CH-4003 Basel

Projektdienst:

Telefon +41 61 260 23 03 · Fax +41 61 260 22 68
projektdienst@mission-21.org · www.mission-21.org

Spenden: PC 40-726233-2

Projekt-Nr: 225.1026

Letzte Änderung, 22-10-2009, mission 21

Indonesien, Papua

Gefährdete Menschenrechte in Papua

Projektverantwortlich in der Schweiz: mission 21, evangelisches missionswerk basel

Projektverantwortlich in Indonesien: Evangelische Kirche in Papua - Gereja Kristen Injil (GKI-TP)

Gefährdete Menschenrechte in Papua

Die indigene und mehrheitlich christliche Bevölkerung in Papua, der östlichsten Region Indonesiens, leidet seit den 1960er Jahren unter dem repressiven Verhalten der indonesischen Regierung und des Militärs. Diese verletzen die Menschenrechte und verunmöglichen somit ein Leben in Freiheit, Würde und Gerechtigkeit. mission 21 unterstützt die Arbeit des Menschenrechtsbüros der Evangelischen Kirche in Papua (GKI-TP), welches Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und öffentlich anprangert, die lokale Bevölkerung über ihre Rechte aufklärt und Betroffene begleitet. Im gewaltfreien Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung arbeitet die Partnerkirche von mission 21 ökumenisch und interreligiös mit anderen Kirchen und Religionsführern zusammen.

Soziale, wirtschaftliche und politische Benachteiligungen

Papua ist eine der ärmsten und abgelegensten Regionen Indonesiens und liegt über 3'500 Kilometer von der Hauptstadt Jakarta entfernt. Seit dem Sturz des Suharto-Regimes 1998 ist eine Demokratisierung und Dezentralisierung im Gange. Papua hat den Status einer speziellen Autonomie erhalten, doch die Umsetzung verläuft schleppend. Die mit der speziellen Autonomie für die indigenen Papua erhofften wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verbesserungen sind grösstenteils ausgeblieben. Sie fühlen sich vom indonesischen Staat wie Bürger zweiter Klasse behandelt und als "Unzivilisierte" stigmatisiert.



Das Opfer einer Menschenrechtsverletzung hat nach dieser Gerichtsverhandlung nicht Recht bekommen.

Für die indonesische Regierung ist Papua politisch gesehen ein rotes Tuch. Das repressive Verhalten der indonesischen Regierung und des Militärs ist gekennzeichnet durch viele Menschenrechtsverletzungen. Grund für diese ist eine über Jahrzehnte andauernde Angst davor, dass Papua unabhängig wird und Regierung sowie Militär sich dann nicht mehr an den dortigen Rohstoffvorkommen bereichern können.

Die indigenen Papua haben die negativen Folgen des Rohstoffabbaus zu spüren bekommen. Ausserdem wohnen in Papua, als Resultat einer gigantischen Umsiedlungskampagne während der Suharto-Ära, sehr viele Zuwanderer von anderen Inseln. Jene haben einen erheblichen Bildungsvorsprung, sind mehrheitlich muslimisch und beherrschen fast alle Wirtschaftsbereiche. Dies drängt die einheimischen Papua weiter



an den Rand der Gesellschaft und führt zu Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die kulturellen, ethnischen und religiösen Unterschiede werden dabei zum Konflikt verstärkenden Faktor.

Bei der Zentralregierung in Jakarta fehlt es an politischem Willen, den

Kern des Konfliktes anzusprechen. Ein kritischer Blick auf die Problemregion Papua ist nicht erwünscht, weshalb ausländischen Journalisten der Zugang verweigert wird.

Die Menschenrechtsarbeit der Partnerkirche

Die seit über 50 Jahren eigenständige Evangelische Kirche in Papua (GKI-TP) genießt bei den einheimischen Papua, die zumeist Christen sind, ein hohes Ansehen. Die Kirche meldet sich öffentlich zu Wort, wenn es um Benachteiligungen, um Gewalt und Menschenrechtsverletzungen oder um die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen geht. Dabei erfüllt sie eine wichtige Brückenfunktion zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Regierungsstellen. Im gewaltfreien Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung arbeitet die Evangelische Kirche in Papua ökumenisch und interreligiös mit anderen Kirchen und Religionsführern zusammen. Gemeinsam haben sie die Initiative „Papua – Land des Friedens“ (Papua Tanah Damai) gegründet und setzen sich für den friedlichen Dialog mit Jakarta ein.



Abholzung des Regenwaldes

In den letzten drei Jahren hat die Evangelische Kirche in Papua ein Netzwerk von Menschenrechtskoordinatoren und –kordinatorinnen aufgebaut, die in ihren jeweiligen Kirchenbezirken Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten dokumentieren, Angehörige begleiten und die Bevölkerung über ihre Rechte aufklären. Für die Stärkung dieses Netzwerkes sind Schulungen und Erfahrungsaustausch notwendig. Ein Schwerpunkt liegt dabei in den Bereichen Umwelt- und Landrechte, die durch die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wie zum Beispiel der Abholzung des Regenwaldes oder dem Vormarsch der Palmölplantagen massiv gefährdet sind. Dadurch wird der mehrheitlich auf dem Land lebenden indigenen Bevölkerung die Lebensgrundlage entzogen.

Projektsumme für 2010 CHF 11'500 (EUR 7'566)

Unterstützt von BFA und DEZA

Das Gesamtbudget umfasst alle Beträge, die im laufenden Jahr durch die zuständigen schweizerischen Organisationen für dieses Projekt bereitgestellt werden, inkl. Beiträge anderer Organisationen, wie z.B. diejenigen von Brot für alle (BFA) oder von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Das Projektblatt wird jährlich im Herbst aktualisiert.